

Jahr. Die Eigenkapitalquote der Bank betrug 8,56%, lag also über dem 8%-Niveau der Basel I-Anforderung. Der operative Gewinn der Bank stieg in den ersten zehn Monaten d.J. um 22% und erreichte 53,55 Mrd. RMB (6,5 Mrd. US\$). Die CCB konnte ihre Eigenkapitalquote bis Ende September 2004 auf 9,39% erhöhen, während ihre Quote der uneinbringlichen Kredite 3,88% ausmachte. (XNA, 30.11.04)

Vor dem Hintergrund der enormen Fortschritte bei der Bereinigung der uneinbringlichen Kredite der CCB und der BOC kommt die Ratingagentur Standard & Poor's Ende November zu einer positiven Bewertung dieser Banken. Allerdings müssten auch für die übrigen zwei Großbanken, der Industrial and Commercial Bank of China und der Agricultural Bank of China, ähnliche Restrukturierungen und Entlastungen von uneinbringlichen Krediten durchgeführt werden. Nach Einschätzung der Ratingagentur müsste die Regierung rd. 160-200 Mrd. US\$ für die Rekapitalisierung dieser beiden Banken aufbringen. (WSJ, 30.11.04)

In beiden Banken sind großangelegte Personalumstrukturierungen im Gange. Die BOC beschäftigt allein rd. 230.000 Arbeitskräfte in ca. 11.600 Zweigstellen. (ST, 18.11.04) Für die einzelnen Positionen in der BOC werden derzeit Arbeitsplatzbeschreibungen erstellt und alle Stellen neu ausgeschrieben. Der landesweite Geschäftsbereich der BOC wird in vier Regionen unterteilt und es wird festgestellt, wie hoch die Kompensationen für die Beschäftigten in den Regionen sind. Gleichzeitig werden Leistungskataloge aufgestellt, die Gehalt und Boni bestimmen. Dies steht im Gegensatz zur bisherigen Praxis, nach der das Einkommen nur an das Dienstalter und die Position in der Hierarchie gebunden war. Es wird erwartet, dass vor allem auch im mittleren Management viele Stellen wegfallen werden. Bisher gibt es in den Abteilungen neben dem Abteilungsleiter i.d.R. drei Stellvertreter sowie zwei bis drei diesen zugeordnete Mitarbeiter. Zukünftig soll es nur jeweils einen Abteilungsleiter und einen Stellvertreter geben. (FT, 17.11.04)

Auch die Zahl der Vorstandsmitglieder in der BOC ist deutlich reduziert

worden. Während der Vorstand Anfang 2003 noch aus 68 Mitgliedern bestand, konnte er in den letzten 18 Monate auf zunächst 15 und jetzt 12 Mitglieder reduziert werden. Hierzu zählen sechs Mitglieder, die die Regierung vertreten, sowie zwei unabhängige Direktoren aus dem Ausland. Die wichtigste Veränderung ist nach Zhu Ming, stellvertretender geschäftsführender Direktor der Bank, der Wandel des Managementkonzepts. So stehe im Zentrum nunmehr die Gewinnerorientierung. (FT, 17.11.04)

Als strategische Investoren will die BOC u.a. auch Fondsgesellschaften einbeziehen. Die Namen der Kandidaten sollen allerdings erst im nächsten Jahr bekannt gegeben werden. Die CCB hat dagegen bereits einige der strategischen Investoren ausgewählt. Dazu werden die China Yangtze Power Co., die Shanghai Baosteel Group und die State Power Grid Corp. gehören. (WSJ, 29.11.04)

Einige Analysten erwarten, dass mit der Restrukturierung der Banken eine wichtige Machtbasis der KPCh wegfallen wird. So werde die Zahl der Mitglieder in den Vorstandsetagen der Banken zurückgehen und damit der Einfluss der Parteikomitees geschwächt werden. Außerdem unterstehe der Vorstand dem Unternehmensrecht, an das auch die Parteimitglieder in ihren Entscheidungen gebunden würden. Zwar habe die Partei noch die Macht, die Leiter von Bankniederlassungen zu bestimmen, doch würden die BOC und die CCB inzwischen die bisherige Garantie einer Beamtenlaufbahn für leitende Beamte durch geschäftsbezogene Managermodelle mit Arbeitsverträgen ersetzen. (BBC EF, 2.12.04) -schü-

32 Zentralbank rechnet nicht mit Ausweitung der Inflation im 4. Quartal

In ihrem Quartalsbericht zur Geldpolitik geht die Zentralbank davon aus, dass die Verbraucherpreise für das Gesamtjahr maximal auf 4,1% steigen werden. Da diese Inflationsrate auch für die ersten drei Quartale gegolten hat, geht die Zentralbank nicht von einer weiteren Erhöhung der Verbraucherpreise im vierten Quartal aus.

Im September hatte die Inflationsrate bei 5,2% gelegen, ein deutlicher Anstieg gegenüber 3,2% im Januar 2004. Schon im Oktober war allerdings ein Rückgang des Preisauftriebs auf 5% feststellbar gewesen. (NfA, 15.11.04) Die wichtigsten Einflussfaktoren für den Anstieg waren Preiserhöhungen von Energie und Lebensmitteln gewesen.

Allerdings weist die Zentralbank in ihrem Quartalsbericht auf die noch immer hohe Anzahl der Sparer hin, die Befürchtungen vor einem weiteren Inflationsanstieg haben. So gaben in einer Umfrage der Zentralbank unter städtischen Sparern 40,6% der Befragten an, dass sie von einem Anstieg im 4. Quartal ausgehen würden. (XNA, 18.11.04)

Die Zentralbank betont in ihrem Bericht, dass sie auch zukünftig verschiedene geldpolitische Instrumente einsetzen wird, um die gewünschte gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Gleichzeitig müssten bestehende Mechanismen verbessert werden, u.a. die Anpassung der Zinssätze an die Marktentwicklung. (XNA, 16.11.04)

Die Wachstumsrate für das gesamte Jahr wird nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes rd. 9% betragen. Das Wachstum werde nach Einschätzung eines Sprechers des Statistikamtes weiterhin von der Erhöhung der Exporte, der Investitionen und des Konsums getragen. (SCMP, 29.11.04) -schü-

SVR Hongkong

33 Forderungen nach Referendum zur Einführung von allgemeinen Direktwahlen bis 2007/08 verstummen nicht

Trotz der wiederholten expliziten Absage durch Regierungschef (*Chief Executive*) Tung Chee-hwa und trotz scharfer Kritik durch Gao Siren, dem Direktor des chinesischen Verbindungsbüros in Hongkong, tritt das pro-demokratische Parteienlager nicht von seiner Forderung nach einem Referendum zur Einführung allgemeiner

Direktwahlen bis 2007/08 in der SVR Hongkong zurück.

Ursprünglich war die Forderung nach einem Referendum vom pro-demokratischen unabhängigen Abgeordneten Fernando Cheung im Oktober d.J. ausgesprochen worden. Bei einer Abstimmung im Ausschuss für Verfassungsfragen (*Constitutional Affairs Panel*) der Legislativversammlung im selben Monat fand das Gesuch allerdings keine Mehrheit (vgl. C.a., 2004/10, Ü 35). Trotzdem betrachten pro-demokratische Kräfte ein Referendum zu den allgemeinen Direktwahlen immer noch als ein geeignetes Mittel, um ihrem Wunsch nach Einführung von Direktwahlen bis 2007 Nachdruck zu verleihen. Auch Vertreter der katholischen Kirche in Hongkong mit der Unterstützung des Vatikans sowie die Organisatoren der Massenproteste im Juli d.J., die Civil Human Rights Front, sagten im Verlauf des Novembers ihre Unterstützung für ein Referendum zu. Der radikale Regierungskritiker und Abgeordnete der Legislativversammlung Leung Kwok-hung („Longhair“) bereitete unterdessen sogar einen Gesetzesvorschlag vor, wonach der Regierungschef und die Legislativversammlung ein Referendum dann zulassen müssten, wenn eine von 5% der registrierten Hongkonger Wähler und von der Wahlkommission unterzeichnete entsprechende Petition eingereicht werden sollte.

Drei Abgeordnete aus dem pro-demokratischen Parteienlager, Mandy Tam, Kwok Ka-ki und Joseph Lee, kündigten allerdings an, sich bei einer erneuten Abstimmung über das Gesuch im Ausschuss für Verfassungsfragen enthalten zu wollen. Ihren Entschluss begründeten sie damit, dass sie zwar durchaus für die Einführung von Direktwahlen bis 2007 und eine diesbezügliche Meinungsumfrage seien, die Hongkonger Bevölkerung ihrer Meinung nach ein Referendum allerdings nicht unterstützen würde, das die Regierung dazu auffordert, über die Vorschläge zur Modifikation des Wahlrechts bis 2007/08 abstimmen zu lassen. Den Gesetzesentwurf von Leung Kwok-hung würden die drei Abgeordneten hingegen mittragen. Am 29. November lehnte die Mehrheit aus regierungsfreundlichen Abgeordneten das erneut von Fernando Cheung eingebrachte Gesuch nach einem Referendum für allgemeine Direktwahlen im Ausschuss für Verfassungsfragen schließlich ein zweites Mal ab.

Die Tatsache, dass sich Teile des pro-demokratischen Lagers in Hongkong trotz der Absage des Regierungschefs und der Kritik von der Zentralregierung in Beijing nicht von ihrem Bestreben abbringen ließen, ein Referendum abhalten zu lassen, verdeutlicht eindringlich, mit welchem Nachdruck das Ziel einer frühestmöglichen Einführung von allgemeinen Direktwahlen verfolgt wird. Neben der Forderung nach einem Referendum wurden immer wieder andere Wege in Betracht gezogen. In diesem Zusammenhang ist nicht nur der Gesetzesentwurf von Leung Kwok-hung zu nennen, sondern auch das Gesuch des Abgeordneten der pro-demokratischen Article 45 Concern Group, Ronny Tong. Dieser stellte während einer Sitzung der Legislativversammlung am 10. November den Antrag, ein Treffen zwischen den Hongkonger Abgeordneten und der Parteiführung der VR China abzuhalten, um über den Wunsch nach mehr Demokratie der Hongkonger Bevölkerung zu diskutieren. Auch sein Antrag wurde von der Mehrheit der regierungsfreundlichen Abgeordneten abgelehnt. Allem Anschein nach gab gerade der Widerstand der Regierungsvertreter in Hongkong und Beijing dem Betreiben des pro-demokratischen Lagers immer wieder neue Nahrung.

Angesichts der Bedeutung dieses Themas erscheint vor allem ein einheitliches Auftreten der oppositionellen pro-demokratischen Kräfte notwendig, damit einzelne Bemühungen die Konfrontation zwischen beiden Seiten nicht verschärfen. Denn auf diese Art und Weise ist eine Annäherung an das Ziel einer frühestmöglichen Einführung von allgemeinen Direktwahlen kaum vorstellbar. Gleichzeitig könnte die Regierung der SVR weiteren Bemühungen entgegenwirken, wenn es baldmöglichst einen Zeitplan für das weitere Vorgehen bei der Modifikation des Wahlrechts vorgibt. (WSJ, 1., 10., 11., 15., 19., 21., 23., 29.11.04; XNA, 1., 7., 15.11.04; RTHK, Radio 3, 1., 8., 15., 21.11.04, nach BBC PF, 2., 9., 16., 22.11.04; SCMP, 2., 6., 8., 9., 11., 13., 15., 16., 18., 19., 20.11.04; Hong Kong SAR government website, 15.11.04; Hongkong SAR legislative

council website, 15., 29.11.04; RMRB online, 15.11.04) -kw-

34 Vorsitzender der Democratic Party zieht Konsequenzen aus Wahlniederlage

Drei Wochen vor dem Parteitag der Hongkonger Democratic Party (DP) am 12. Dezember 2004 kündigte der amtierende Parteivorsitzende, Dr. Yeung Sum, am 20. November an, nach zweijähriger Ausübung des Amtes nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung zu stehen. Seine Entscheidung begründete Dr. Sum mit dem unerwartet schlechten Abschneiden der DP bei den jüngsten Wahlen zur Legislativversammlung im September d.J., für die er damit die Verantwortung übernehmen wolle.

Die Partei musste in der neuen Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) ihre Position als stärkste Fraktion nach dem Verlust von drei Sitzen abgeben, obwohl im Vorfeld mit einem deutlichen Zugewinn gerechnet worden war. Ihre Wahlniederlage war größtenteils auf wahltaktische Fehler bei der Besetzung der verschiedenen Listen in den Wahlbezirken zurückzuführen. So hatten vor allem weniger bekannte Kandidaten der DP kaum eine Chance, als Abgeordnete in den LegCo einzuziehen. Bereits kurz nach der Wahl sah sich der Parteivorsitzende mit Rücktrittsforderungen konfrontiert, die er zu dem Zeitpunkt allerdings noch von sich wies (vgl. Katrin Wilmann, „Die dritten Wahlen zur Legislativversammlung der SVR Hongkong – Enttäuschung bei den Demokraten, Sieg der Demokratie“, in: C.a., 2004/9, S.1005-1015).

Sum hatte im Dezember 2002 die Nachfolge von Martin Lee als Parteivorsitzender mit dem Ziel angetreten, die Demokratie in der SVR Hongkong zu fördern und sich stärker für die Alltagsbelange der einfachen Bevölkerung einzusetzen, die unter den wirtschaftlichen Problemen Hongkongs zu leiden hat. Zugleich hatte er sich der verbesserten Kommunikation mit der Regierung der SVR und der Beijinger Zentralregierung verschrieben (vgl. C.a., 2002/12, Ü 33). Wie die Wahlniederlage seiner Partei zeigt, wurden seine Bemühun-

gen von der Wählerschaft nicht honoriert.

Vor der Bekanntgabe von Yeungs Sums Entschluss war Ende Oktober bereits einer der Mitbegründer der DP, Anthony Cheung, aus der Partei ausgetreten, um sich nach eigenen Angaben verstärkt seiner Arbeit im unabhängigen Thinktank SynergyNet widmen zu können. Beobachter gehen allerdings davon aus, dass er sich nicht mehr mit der Parteiarbeit identifizieren konnte. Damit sieht sich die DP innerhalb kürzester Zeit zweimal mit einem Wechsel in der Führungsmannschaft der Partei konfrontiert. Sowohl parteiintern als auch seitens der Hongkonger Regierung verbindet sich damit die Hoffnung auf eine innere Erneuerung der DP. Eine neue Parteiführung könnte der Zersplitterung innerhalb der demokratischen Kräfte ein Ende setzen, von der vor allem andere pro-demokratische Kräfte bei den LegCo-Wahlen profitieren konnten, so z.B. der ehemalige Radiomoderator Albert Cheng und die Article 45 Concern Group. Ein Wechsel in der Parteispitze lässt gerade die Parteibasis auf eine Neupositionierung der Partei hoffen. So könnte „frisches Blut“ zumindest mittelfristig zur Profilschärfung beitragen, um die Wähler bei zukünftigen Wahlen davon zu überzeugen, dass die DP eine echte Alternative zu den jetzigen Regierungsparteien darstellt.

Erste Anzeichen für eine innere Erneuerung der DP lassen sich schon daran erkennen, dass kurz vor dem diesjährigen Parteitag ein offenes Diskussionsforum angeboten werden soll, um der Parteibasis und den Kandidaten für den Parteivorsitz Gelegenheit zu geben, einzelne Fragen zu den jeweiligen Programmen erörtern zu können. Eine solche Transparenz war in der Vergangenheit nicht gegeben, denn die potenziellen Amtsträger stellten ihr Programm lediglich während des Parteitages kurz vor. (SCMP, 27.10., 6., 9., 22., 23., 27.11.04; WSJ, 21., 22.11.04; IHT, 22.11.04; RTHK, Radio 3, 21., 24.11.04, nach BBC PF, 22., 25.11.04; ST, 22.11.04; CD, 24.11.04) -kw-

35 Gehaltskürzungen beim Civil Service sind verfassungswidrig

Die Regierungsentscheidung vom Mai 2002, die Gehälter des *Civil Service* ab Oktober 2002 um 1,58% bis 4,42% zu kürzen, verurteilte der Hongkonger *Court of Appeal* am 29. November als Verstoß gegen das Hongkonger Grundgesetz (*Basic Law*).

Auch die Legislative hatte diesen Plänen mit der Begründung, dass auf diese Weise die Beamtengehälter an die rückläufige Einkommensentwicklung im Privatsektor angepasst würden, zugestimmt. Die Hongkonger Regierung erhoffte sich Einsparungen von bis zu 3,1 Mrd. HK\$ jährlich (vgl. C.a., 2002/5, Ü 28; 2002/7, Ü 35). Während Mitarbeiter des *Civil Service* mit ihrer Klage vor der ersten gerichtlichen Instanz, dem *Court of First Instance*, im Juni 2003 gescheitert waren, war ihre erneute Klage diesmal von Erfolg gekrönt. Das Urteil berief sich auf Artikel 100 des *Basic Law*, dass Beamte, die vor der Rückgabe Hongkongs an die VR China für den *Civil Service* tätig waren, jetzt finanziell nicht schlechter gestellt werden dürften als vorher. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Regierung vor dem *Court of Final Appeal* Berufung einlegen und der Rechtsstreit somit in die dritte Runde gehen wird. Blicke es bei einem Sieg für den *Civil Service*, könnte die Regierung ihre bereits eingeplanten Einsparungen nicht realisieren.

Noch vor dem jüngsten Urteil zu den Gehaltskürzungen wurden weitere Pläne der Regierung für Kürzungen bei den Zulagen bekannt. Demnach solle beim *Civil Service* zusätzlich an den Härtezulagen, etwa für die Tötung von mit dem Hühnergrippevirus infizierten Geflügel, gespart werden. Die Abschaffung oder das Einfrieren von Zahlungen derartiger Prämien beim *Civil Service* werden im kommenden Monat Gegenstand von öffentlichen Konsultationen sein. Die Debatte um Einschnitte bei der Beamtenbesoldung in Hongkong dürfte also fortgeführt werden. (SCMP, 2., 3., 5., 29., 30.11.04; RTHK, Radio 3, 29.11.04, nach BBC PF, 30.11.04; CD, 2.12.04) -kw-

36 Ehemalige Mitarbeiter des chinesischen Verbindungsbüros wegen Spionage verurteilt

Zwei ehemalige Mitarbeiter des chinesischen Verbindungsbüros in der SVR Hongkong, Cai Xiaohong und Wei Pingyuan, wurden Anfang November wegen der Preisgabe von Staatsgeheimnissen an den britischen Geheimdienst in einer geheimen Gerichtsverhandlung in der südchinesischen Stadt Guangzhou zu 15 Jahren bzw. lebenslanger Haft verurteilt.

Cai Xiaohong, Sohn des früheren Justizministers der VR China Cai Cheng, war als Generalsekretär für das chinesische Verbindungsbüro in Hongkong tätig und mit internen Verwaltungsaufgaben wie der Übermittlung von vertraulichen Informationen zwischen dem Verbindungsbüro und der Zentralregierung in Beijing betraut. Im Sommer 2003 war er wegen des Verdachts auf Spionage verhaftet worden. Für die Weitergabe von Staatsgeheimnissen an den britischen Geheimdienst soll er bis zu 6 Mio. US\$ erhalten haben. Beobachter hatten zuvor mit einer möglichen Verhängung der Todesstrafe für Cai wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit gerechnet. Stattdessen verurteilte das Gericht ihn zu 15 Jahren Haft.

Wei Pingyuan, einem weiteren hochrangigen Mitarbeiter des Verbindungsbüros, wird eine Schlüsselrolle bei der Rekrutierung von Cai Xiaohong als Spion für Großbritannien vorgeworfen. Da Wei außerdem fester Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes war, wurde er mit lebenslangem Freiheitsentzug bestraft. Vor der Rückgabe Hongkongs an die VR China 1997 arbeitete er beim Vorläufer des Verbindungsbüros, der Hongkonger Vertretung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, und war dort mit dem Aufgabengebiet Taiwan betraut. Neben diesen beiden Urteilen wird noch ein weiterer Schuldspruch für Liu Lin, den ehemaligen Personalchef der Xinhua-Vertretung, erwartet.

Mit Cai Xiaohong wurde bisher eine der höchstrangigsten Führungspersönlichkeiten vom chinesischen Festland wegen Spionage verurteilt. Zuvor war nur der ehemalige Direktor der Xinhua-Vertretung, Xu Jiatun, 1989

in einen ähnlich brisanten Skandal verwickelt. Ihm waren die Sympathiebekundungen mit Beijinger Studenten während der blutigen Niederschlagung auf dem Tiananmen-Platz zur Last gelegt worden. Xu lebt seitdem im Exil in den USA. Li Gang, stellvertretender Direktor des Verbindungsbüros in der SVR, mutmaßte anlässlich Cais Festnahme im letzten Jahr, dass dies nur die Spitze des Eisbergs sei und noch weitere Skandale um Mitarbeiter vom chinesischen Festland in Hongkong zu erwarten seien. (SCMP, 8.11.04; BBC News Asia-Pacific online, 8.11.04; ST, 9.11.04; *The Standard*, 22.12.03) -kw-

SVR Macau

37 Edmund Hos Regierungserklärung 2005

Regierungschef Edmund Ho gab am 16. November vor der Gesetzgebenden Versammlung seine Regierungserklärung für das fiskalische Jahr 2005 (fiskalisches = Kalenderjahr) ab. Es war seine sechste Regierungserklärung und die erste nach seiner Wiederwahl Ende August. Ihr schloss sich eine Pressekonferenz an. Am Nachmittag des folgenden Tages stand Ho Mitgliedern der Gesetzgebenden Versammlung drei Stunden lang Rede und Antwort. Die Regierungserklärung bestand aus drei Teilen: „Zusammenfassung der Regierungstätigkeit im Jahr 2004“, „Schwerpunkte der Regierungsarbeit im Jahr 2005“ und „Die Qualität erhöhen und gemeinsam die Zukunft bauen“. In Teil 2 nannte Ho vier Schwerpunkte: 1. Die Reform der Administration vertiefen, die Dienstleistungen auf jede erdenkliche Weise vorantreiben, 2. die wirtschaftliche Basis konsolidieren und eine nachhaltige Entwicklung gewährleisten, 3. die Zusammenarbeit nach außen stärken und die Plattformfunktion erhöhen, 4. die Bildungsreform in Gang setzen und den humanen Fortschritt nach Kräften fördern.

Der Regierungschef hatte zuvor führende Vertreter der Geschäftswelt und der Gemeinden zu den Hauptpunkten seiner Erklärung konsultiert. Probleme wie Verkehrsengepässe, Humanres-

ourcen und der Neuaufbau der alten Bezirke wurden diskutiert. Nach Aussage von Leong Vai Tac, Präsident des Zentrums für Entwicklungsstrategien von Macau, wird die Administration in Edmund Hos zweiter Amtszeit die reichlich vorhandenen finanziellen Mittel zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur verwenden.

Edmund Ho sagte, dass im fünften Jahr seiner Amtszeit die positiven Elemente in der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Entwicklung erste Früchte trügen. 2004 sei es vorrangige Politik der Regierung gewesen, diese positiven Faktoren zu konsolidieren und auszuweiten. In diesem Jahr habe die Regierung pragmatisch die Verwaltungsreform durchgeführt und dabei die Infrastruktur einer E-Regierung geschaffen, Formalitäten vereinfacht und die Transparenz der Regierung verbessert. Tourismus und Glücksspiel – die beiden Wirtschaftssäulen Macaus – seien sprunghaft gewachsen, und die vom Festland durchgeführte Politik der Erleichterungen für Reisen nach Macau hätten das ihre dazu beigetragen. Macau habe die Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen grundlegend verbessert und aktiv an der Schaffung des Wirtschaftsraums Perlfussdelta mitgewirkt.

Die Regierung habe besondere Projektgruppen zur Rationalisierung der Wirtschaftsstrukturen eingesetzt. Ein Ergebnis dieser Anstrengungen sei die Einrichtung der grenzüberschreitenden Exportverarbeitungszone zwischen Macau und Zhuhai in diesem Jahr gewesen; ferner habe die Regierung drei Hilfsprogramme gestartet, damit die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen gefördert werde. Die Arbeitslosenquote sinke weiter. (Sie fiel im November auf den Rekordtiefstand von 4,5%. Im Juli war sie das erste Mal seit 1997 unter die 5-Prozent-Marke gefallen.) Das Bestreben der Regierung, das wirtschaftliche Umfeld zu optimieren, werde international anerkannt. Nach Einschätzung der WTO gehört die SVR Macau zu den Regionen mit der freiesten Wirtschaft in der Welt.

Als Hauptarbeitsziel der Regierung in den kommenden fünf Jahren nannte der alte und neue Regierungschef die „Verbesserung der Lebensqualität“. Edmund Ho kündigte auch für 2005

ein Steuersenkungsprogramm an, diesmal in Höhe von 300 Mio. MPtc (37,5 Mio. US\$; zum Vergleich: 2004 waren es 230 Mio. MPtc = 28,75 Mio. US\$). Die Senkung der Einkommenssteuer um 25% bleibt bestehen, die Grundsteuer für Industrie-, Handels- und Wohneinheiten bleibt weiter um 500 MPtc gesenkt und eine Grundsteuer unter 500 MPtc entfällt, die Gewerbesteuer, die Ladenschildsteuer für Geschäfte, die Tourismussteuer für Restaurants und die Lizenzgebühren für fliegende Händler entfallen weiterhin, ferner werden keine Mieten für Marktstände und Stempelsteuern auf Versicherungen mit Ausnahme von Lebensversicherungen sowie auf Zinsen und Provisionen bei Bankendarlehen erhoben. Das Wohlfahrtssystem soll im nächsten Jahr um eine Alterszuwendung erweitert werden. Obwohl das Wirtschaftswachstum Geschwindigkeit aufgenommen habe, sei die Lebensqualität der Bürger Macaus insgesamt immer noch niedrig, so der Regierungschef in seiner Erklärung. Zur Verbesserung der Lebensqualität werde die Regierung größere Mittel für Städteplanung und -bau bereitstellen. Bei der Verschönerung der Stadt müsse der Erhalt des historischen Erbes und der natürlichen Umwelt beachtet werden. Das plötzliche Wirtschaftswachstum hat auch den Immobilienmarkt kräftig stimuliert. Die Regierung werde sich aber nicht einmischen, allerdings seien Pläne für „relativ groß angelegte Landgewinnung“ im nächsten Jahr in Vorbereitung.

Den Staatsbediensteten versprach Edmund Ho für 2005 eine 5%ige Gehaltserhöhung. Damit soll qualifiziertes Personal in der Regierung gehalten werden, denn erstmals seit vielen Jahren wird sich der öffentliche Sektor wahrscheinlich bei Fachpersonal dem Wettbewerb mit dem privaten Sektor stellen müssen. Die Verwaltungsreformen müssten beschleunigt und die Rechenschaftspflicht der Beamten intensiviert werden. Auch die Reformen im Rechtsbereich seien fortzusetzen. Die Verwendung des Chinesischen in diesem Sektor werde von der Regierung forciert werden, kündigte Edmund Ho an.

Für den Bildungsbereich stellte Edmund Ho größere Hilfsmittel zur Ankurbelung der Reformen in Aussicht. Die Bildungsreform befinde sich zur-